



**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 210/ 2019  
Kiel, Mittwoch, 22. Mai 2019

Landwirtschaft/ Änderungen des  
Bundesnaturschutzgesetzes

## Oliver Kumbartzky: Bund muss mehr gegen den Wolf unternehmen

Zu den geplanten Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes zum Thema Wolf erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und agrarpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Oliver Kumbartzky:

„Die geplanten Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes sind zwar ein richtiger Schritt, um den Abschuss von Wölfen zu erleichtern – sie greifen aber ganz klar zu kurz. Grundsätzlich geht es uns nicht um den Abschuss einzelner Wölfe, sondern um den Schutz der Weidetierhaltung vor der Ausbreitung des Wolfs, insbesondere in unseren Deichregionen.

Die Sorgen der Weidetierhalter und von weiten Teilen der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum müssen von der Bundesregierung ernst genommen werden. Eine Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht und eine bundesweit einheitliche Beweislastumkehr bei Entschädigungszahlungen wären dafür die richtigen Zeichen gewesen. Der Entwurf der Bundesumweltministerin ist aber ein verspäteter Minimalkonsens, der niemanden zufrieden stellt.“